der Vorredner von dem Schutzmann Napera behauptet, ist aus der Luft gegriffen. Daß in der Schweiz unsererseits Organe gehalten und besoldet werden, damit sie die neuere socialrevolutionäre Bewegung beobachten und uns darüber berichten, gestehe ich offen zu und halte das für eine nothwendige Sicherheitsmaßregel. Die preußische Polizei ist in Folge dieser Bemühungen und Verbindungen in der Lage gewesen, die russische Polizei rechtzeitig von dem beabsichtigten Attentat auf das Winterpalais zu benachrichtigen. Was die „Agenten" Schröder und Haupt betrifft, so sind ihnen dadurch Schriftstücke genommen worden, daß eine Bande von Strolchen in ihre Wohnungen eingebrochen sind — daß dergleichen in einem Lande vorkommen kann und zwar straflos, wirft ein sonderbares Licht auf seine Rechtszustände (Beifall rechts), ich begreife auch nicht, wie ein richterlicher Beamter in der Schweiz auf die Anfrage der Herren Singer und Bebel solche Erklärungen abgeben kann, und werde vom Herrn Reichskanzler verlangen, daß die Schweizer Regierung auf derlei Vorkommnisse aufmerksam gemacht werde. Ich traue weder Schröder, noch Haupt; ich werde die Angelegenheit untersuchen lassen, aber ich erkläre, und der Reichstag muß mir das glauben, ich besolde und halte weder hier noch im Auslande Agents provocateurs! Auffällig ist doch, daß die Angaben über den Schröder zuerst in der chauvinistischen „Kurier libre" standen, was auf eine eigenthümliche Verbindung dieses Blattes mit der deutschen Socialdemokratie schließen läßt. — In Bezug auf die Kritik des Vorredners muß ich sagen, es ist schwer die Grenze festzustellen, wo die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokraten anfangen. Wir führen, wenn es nöthig ist, das Gesetz mit drakonischer Strenge durch, aber wir sind eifrig bemüht, uns streng loyal im Rahmen des Gesetzes zu halten. Es erscheinen noch immer 38 socialdemokratische Zeitungen in Deutschland, die mitunter freilich viel gemäßigter sind, als freisinnige Blätter. Diese socialdemokratischen Zeitungen werden streng beobachtet und bei dem kleinsten Anlaß verboten. Das hiesige „Berl. Volksblatt" ist geradezu ein Muster vorsichtiger Haltung, es streift mit dem Aermel das Zuchthaus, vermeidet es aber immer noch glücklich. Der „Socialdemokrat" ist also nicht das einzige Blatt der Socialdemokratie; das Socialistengesetz hat die socialdemokratische Presse sehr wohlthätig gewirkt. Bedenken Sie doch in welchem Tone die socialdemokratische Presse früher gesprochen hat. Das Gesetz hat uns vor der bedenklichen Krisis bewahrt, vor der wir 1878 standen. Der Vorwurf der illoyalen und tyrannischen Ausführung des Socialistengesetzes ist eine objective Unwahrheit; es können Fehler in der Ausführung des Gesetzes vorkommen, aber diese Nachtheile des Gesetzes wiegen federleicht gegen die großen Segnungen desselben. Der Vorredner sagt, das Gesetz treibe die Leute in den Hungertod. Ich habe nun freilich andere Nachrichten darüber; die Leute, die nach London gegangen sind, haben dort als Märtyrer der Socialdemokratie sehr zahlreiche Vergnügungslocale, in ihrem Blatte habe ich die Ankündigung von zahlreichen Maskenbällen, Festessen, Delicatessen 2c. gelesen (Heiterkeit), diese Leute müssen sich auf Kosten der deutschen Arbeiter (Zustimmung rechts, Abg. Bebel ruft: Namen nennen!) Der hier ausgewiesene Restaurateur Jacoby ist ein entschieden radikaler Parteigänger der Socialdemokratie; der Baumeister Keßler ist gleichfalls Socialdemokrat und zwar zur radikalen Richtung angehörig — er ist übrigens bereits fünfmal vorbestraft und keineswegs so ungefährlich wie Herr Singer behauptete. Von dem früheren Abg. Kayser will ich zugeben, daß ihm sein behäbiges Aussehen den Anschein eines bon homme giebt (Heiterkeit), aber thatsächlich hat er doch für die socialistische Sache agitirt. Daß Kayser, Keßler und Christensen in Deutschland von Land zu Land wandern müssen, ist die Folge des in den Einzelstaaten herrschenden Heimathsrechts. Es ist ein bis zum Ueberdruß wiederholter Gemeinplatz, daß das Socialistengesetz den Anarchismus großgezogen habe. Ich bestreite das entschieden. Wenn die deutsche Socialdemokratie sich von allen sittlichen Weltgesetzen, von allen Legitimitätsprincipien lossagt und in dieser Weise agitirt, dann muß man sich doch fragen, wo sind die Früchte dieser Agitation? Die Früchte der socialdemokratischen Agitation ist eben der Anarchismus! — Der Vorredner meinte, daß auf dem socialdemokratischen Parteitage in St. Gallen volle Einigkeit geherrscht habe — das gebe ich zu, aber diese Einigkeit war eine revolutionäre. Man einigte sich über den Satz: nicht auf parlamentarisch-constitutionellem Wege ist das Ziel der Socialdemokratie zu erreichen, sondern auf dem Wege der Gewalt. Herr Liebknecht meinte dort, eine Revolution setze die Verbreitung der socialistischen Ideen im Volke voraus — das andere werde sich wohl finden. Man schlug die Confiscation der Privatvermögen vor, man vereinigte sich darüber, daß mit dem Capital aufgeräumt werden müsse. Und glauben Sie nun wirklich, daß wir diesen wahnwitzigen gefährlichen Bestrebungen gegenüber mit gebundenen Händen bleiben werden? Nein, wir werden uns mit Mitteln, die den Herren unannehmbar sind und die ich hier nicht einzeln nennen will. (Beifall rechts). Herr Liebknecht referirte in St. Gallen über den Anarchismus; er tadelte die Anarchisten, aber er bedauerte sie doch, weil die armen Leute so in der Welt herum getrieben würden. Und welcher Art sind denn nun die Leute, für die die Herren Singer und Genossen ein Begnadigungstelegramm abgesandt haben? Welcher Art sind die diese ungerathenen Brüder der Socialisten — denn nur für diese Brüder haben jemals die Socialisten ein Begnadigungsgesuch eingereicht. Eine Mordbrennerbande, eine Schaar von Bestien, mit bestialischer Wuth gegen die Vertreter der Ordnung erfüllt, wie gegen diejenigen, für die die Herren Socialisten Singer, Bebel und Genossen im Namen der Menschlichkeit eingetreten sind. Die Socialdemokratie wirft alle Anschauungen über Sitte und Moral im Proletariat über den Haufen, denn wenn die ungebildete Masse sieht, daß so angesehene Männer wie die Herren Bebel und Singer für diese Mordbrenner eintreten, so müssen sie doch glauben, diese Mordbrenner wären im Recht. Und hat denn nicht selbst hier im Hause der Abg. Bebel erklärt, daß er den Fürstenmord billige? Und da spricht Abg. Singer von den „hohen und heiligen Zielen"? Wir wissen genau, mit welchen Gegnern wir es zu thun haben, und deshalb werden wir die Waffe des Socialistengesetzes nicht aus der Hand geben, so lange sie uns gewährt wird! — Es ist unwahr zu behaupten, das Gesetz habe seine Wirkung verfehlt. Es hat seine Aufgabe erfüllt; es hat nicht das Ziel verfolgt, die Socialdemokratie zu vernichten, sondern nur den, ihr einen Damm gegen revolutionäre Ausbreitung entgegenzusetzen. Dieses Ziel ist erreicht worden, wir sind von den Verbrechen anderer Länder verschont geblieben, wir haben die Agitation der Presse verhindert. Nun sagt man zwar, die Zahl der Socialdemokraten habe zugenommen; bei den Wahlen habe die Zahl um ein Procent zugenommen. Das ist doch aber angesichts der ungünstigen Entwickelung der Industrie nichts Auffälliges und vor Allem, wer wird denn glauben, daß alle für die Socialdemokratie Stimmenden nun auch principiell die Ansicht der Socialdemokraten theilen. Jede äußerste Partei — früher die Fortschrittspartei — hat das Privilegium daß sich alle Unzufriedenen für sie entscheiden. Im Uebrigen glaube ich Anzeichen dafür zu haben, daß die Socialdemokratie ihren Höhepunct erreicht hat und eher im Rückgange begriffen ist. — Nun macht sich eine Strömung geltend, die das Gesetz nicht verlängern will; eine Richtung fordert ein Uebergangsstadium, eine andere Verschärfung des gemeinen Rechts. Wir müssen vor Allem fordern, verschonen Sie uns mit den milden Uebergangsbestimmungen! Darauf werden wir uns niemals einlassen, wir können die Verantwortung dafür nicht übernehmen. Die Verschärfung der strafgesetzlichen Bestimmungen ist unmöglich, denn dann müßte auch die freie Bewegung aller anderer Parteien gehindert werden. Besser als die milden Uebergangsbestimmungen scheint mir denn schon die Aufhebung des Gesetzes zu sein — die Folgen dieser Aufhebung würde aber gerade die Majorität treffen, die uns das Gesetz versagen würde. Ich kann aber nicht glauben, daß die Volksvertretung uns das Schwert der Vertheidigung, das sie uns gegeben, aus der Hand winden will. Anders steht es mit der Forderung der Verschärfung des Gesetzes — wir sind darauf gefaßt, daß dieser Vorschlag großen Widerspruch finden wird. Aber die Socialdemokratie nimmt doch eine Ausnahmestellung ein — alle anderen Parteien stehen auf dem Boden einer sittlichen Staats- und Weltordnung. Die Socialdemokratie aber hat ausgesprochenermaßen die Tendenz, diese Weltordnung zu zertrümmern — sie muß die Consequenzen dieser Stellung tragen, für sie müssen Ausnahmegesetze gemacht werden, da sie selbst den Boden des gemeinen Rechts verlassen hat. Gesteht man also die Berechtigung der Ausnahmegesetze zu, so ist es doch zweifellos, daß man auch Verschärfungen dieses Gesetzes bewilligt, wenn die Nothwendigkeit dazu nachgewiesen wird. Es ist uns erst durch die Judicatur des Reichsgerichts möglich gewesen, eine ganze Reihe von Vergehen gegen das Socialistengesetz zu bestrafen. Die ganze Agitation der Socialdemokratie geht darauf, dieses ruchlose Blatt, den „Socialdemokrat" in der Arbeiterbevölkerung zu verbreiten — dieses heillose Treiben müssen wir besonders streng bestrafen. Um diese Agitation zu bekämpfen, wollen wir jetzt der Entscheidung des Richters die Macht geben, stärker wirkende Strafen als bisher zu verhängen. Es giebt ja doch heute schon in der deutschen Gesetzgebung eine ähnliche Bestimmung wegen Fahnenverlassens. Und doch wird im letzteren Falle das Vaterland nur im Stich gelassen, der Socialdemokrat will aber die Vernichtung des Vaterlandes. Man kann also nicht behaupten, daß dieses Gesetz unerhörte Verstöße gegen die Humanität versucht. Die Humanität ist eine sehr schöne Sache — wer aber die Verantwortlichkeit für die Leitung eines großen Reiches hat, muß sich doch sagen, die wahre Humanität gebietet den Schutz der Gesammtheit vor der Socialdemokratie. Ich vertheidige den Satz: wer sich selbst aus unserem Culturleben ausscheidet, der sei auch rechtlich daraus verbannt! Ich bitte um Annahme der Vorlage, die zum Heile Deutschlands ausschlagen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Reichensperger (Centr.) führt aus, daß er dreimal geglaubt habe, sich für dieses Gesetz entscheiden zu müssen, weil er nicht geglaubt habe, die Verantwortung gegen das Gesetz zu stimmen, übernehmen zu können. Stets aber sei er der Ansicht gewesen, daß man zu dem gewöhnlichen Rechte zurückkehren müsse. Er müsse sich heute aber ebenso wie gegen die Verschärfung, so auch gegen die Verlängerung des Gesetzes aussprechen. Die Forderungen der Vorlage seien unvereinbar mit dem Recht (Beifall); die Regierungen seien auf einem falschen Wege, sie sehen noch immer nicht, daß es sich um eine geistige Krankheit handle. Die könne eben so wenig durch Polizeimaßregel bekämpft werden, wie man die Bazillen einer materiellen Krankheit durch ein Polizeigesetz einfangen könne. Daß die mechanische polizeiliche Bekämpfung der Ideen nichts fruchtet, zeigt doch das Beispiel von Rußland. Die Idee der Socialdemokratie ist nicht neu — die gleiche Idee hat den Bauernkriegen, hat den Sclavenkämpfen bei den Römern zu Grunde gelegen, sie wird auch über unsere Zeit hinauswirken. Es ist Naturrecht, daß jeder Mensch einen Boden, einen Fleck Erde für sich hat — man kann keinem Menschen sagen, du hast keinen Platz auf der Erde; das ist gegen das Naturrecht. Der Staat muß auch die unverträglichen Elemente auf seinem Territorien dulden. Es ist gesagt worden, wer gegen das Socialistengesetz sei, begünstige die Socialdemokratie — hat denn nicht aber schon vor einigen Jahren ein Mann wie Gneist für die Aufhebung des Gesetzes sich erklärt? Und haben meine politischen Freunde nicht überall im Lande die Socialdemokratie bekämpft? Wir sind stolz darauf, daß in den katholischen Bezirken die Zahl der Socialdemokraten gering ist. Ich sehe die Gefahr der Socialdemokratie besonders darin, daß sie den Arbeitern das religiöse Gefühl genommen, ihnen den Trost auf das Jenseits geraubt hat. (Beifall im Centrum.) Auf religiösem Gebiet muß vor Allem Wandel geschaffen, damit die Mühseligen und Beladenen nicht dem Materialismus zugeführt werden, der uns einen neuen Islam bringt, aber einen Islam ohne Allah und ohne göttliche Vorsehung! (Beifall im Centrum.) Der Kampf gegen die katholische Kirche hat vor Allem die Achtung vor der Kirche geschädigt; auch das moderne Schulwesen trägt mit bei zu den socialen Mißständen. (Beifall.) Ich erinnere Sie an das erhabene Wort des Kaisers: es muß dem Volke die Religion erhalten werden! Mit Ausnahmegesetzen erreichen Sie Nichts — ich bitte Sie, die Vorlage abzulehnen. (Beifall.)

Hierauf wird die Berathung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Schluß der Sitzung 5¼ Uhr.

Landtag.

Erste Kammer.

n Dresden, 27. Januar. Präsident v. Zehmen eröffnete kurz nach 12 Uhr die 20. öffentliche Sitzung. Derselben wohnte erstmalig nach seiner Genesung Se. königl. Hoheit Prinz Friedrich August bei.

Am Regierungstische waren anwesend die Herren: Minister Freiherr v. Könneritz, v. Nostitz-Wallwitz, Geheimräthe Böttcher, Schmiedel, v. Wahdorf und Häpe.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gelangte eine Einladung des Stadtrathes zu Freiberg, zur Besichtigung der Kreuzgänge und der goldenen Pforte des dasigen Domes zur Verlesung. Ueber die Einladung wird demnächst eine private Besprechung stattfinden.

Zur Tagesordnung erstattete zuerst Commerzienrath Wanckel den Bericht der zweiten Deputation über die Capitel 1 bis 7 der Uebersichte des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1888/89, Nutzungen des Staatsvermögens 2c. betreffend.

Ohne Debatte nahm die Kammer die Capitel 1 (Forsten und Jagd), 2 (Domainen und Intraden), 3 (Kalkwerke) an. Bei Capitel 4 (Weinberge und Kellerei) nahm Graf Rex Veranlassung, auf die Reblausschäden in der Lößnitz hinzuweisen. Die Vernichtungsarbeiten haben jenes Weinbergsareal auf mindestens zwei Jahre lahmgelegt. Er wies darauf hin, wie viele maßgebende Kreise den Vernichtungsarbeiten durchaus keinen Erfolg in Aussicht stellen, weiter wie viele Winzerkreise überzeugt sind, daß die Reblaus bereits früher bestanden habe und nur jetzt gerade häufiger aufgetreten sei. Es erscheine ihm daher wohl angezeigt, daß eine andere Cultur dort eingeführt werde, wie Obstpflanzung, Beerencultur, Gärtnereianlage 2c. Jedenfalls werde es für die Nachbarn aufmunternd wirken, wenn eine rationelle Umwandlung der früheren Rebenlage von Staatswegen erfolge.

Staatsminister v. Könneritz bemerkte, daß die Erhebungen über anderweite Verwendung der Weingelände noch nicht geschlossen seien. Eine Wiederanpflanzung mit Reben sei allerdings nicht in Aussicht genommen, da die Rente aus den Weinbergen ohnehin als eine sehr geringe zu bezeichnen sei. Ob eine gärtnerische Verwendung, oder eine Bepflanzung mit Obst oder Beerenfrüchten für den Staat zu empfehlen sei, vermöge er z. Z. noch nicht zu bestimmen.

Capitel 4 fand hierauf Annahme. Ebenso wurden die Capitel 5 (Holzspeicher), 6 (Elsterbad) genehmigt.

Eine längere Debatte rief Capitel 7 („Leipziger Zeitung") hervor.

Kammerherr v. Erdmannsdorf trat mit Lebhaftigkeit für die Zeitung und ihre Haltung auch in politischer Beziehung ein. Die Zeitung habe ihre officiöse Stellung allezeit gewissenhaft gewahrt. Wo kämen nicht einmal Ungeschicklichkeiten bei einem täglich erscheinenden Blatte vor? Er weise nur auf die jüngsten Auslassungen officiöser Blätter in Berlin hin. Er halte die „Leipziger Zeitung" für eins der bestredigirtesten Blätter und zwar scheue er sich nicht, dies unverholen auszusprechen, obschon oft die scharfe Weise der „Leipziger Zeitung", gegenüber des als „ledern" bezeichneten Inhalts des „Dresdner Journals" hervorgehoben werde.

Frh. v. Tauchnitz trat ebenfalls für die Vorlage ein, lobte den Werth der wissenschaftlichen Beilagen und der ansehnlichen Feuilletons. Er empfahl Vorsicht in Wahl der Stoffe und verurtheilte die Art der Kritik, die in dieser Beziehung in der zweiten Kammer geübt worden sei.

Der Referent betonte gegen v. Erdmannsdorf, daß ihm nicht bekannt sei, daß die „Leipziger Zeitung" ein officiöses Blatt sei.

Oberbürgermeister Dr. Georgi bedauerte, daß die gehörten Auslassungen des Herrn v. Erdmannsdorf ihn nöthigten, das Wort zu ergreifen. Er würde nicht Ursache haben, über die Haltung der „Leipziger Zeitung" sich zu ergehen, wenn er hätte annehmen können, daß dieselbe sich in Unkenntniß über die Politik des Reichskanzlers befunden habe. So aber treffe sie der Vorwurf, daß sie die vom Reiche eingehaltene Politik fortdauernd in der heftigsten Weise zum Gegenstand ihrer Angriffe gemacht habe. Dies ziemt offenbar einer Zeitung, welche unter Verwaltung des Staates stehe, nicht. Redner belegte diese seine Ausführungen durch Verlesung einiger Abschnitte aus verschiedenen Nummern der „Leipziger Zeitung", welche u. A. über die bulgarische Frage handelten.

Prof. Dr. Blomeyer hat seit 19 Jahren stets mit Befriedigung die „Leipziger Zeitung" als Tageslitteratur benutzt. Er könne den Inhalt nur als guten bezeichnen und habe gefunden, daß die Zeitung auch den politischen Anforderungen entspreche, die an sie zu stellen seien. Die öffentliche Meinung habe auch in politischer Beziehung hier allezeit gerechte Würdigung gefunden.

Kammerherr v. Erdmannsdorf gab zur Entgegnung auf Dr. Georgi's Aeußerungen kund, daß er jene von diesem hervorgehobenen, angeblich gravirenden Artikel der „Leipziger Zeitung" sowohl damals, als sie erschienen, gebilligt habe und auch heute noch billige.

Dr. Georgi erwiderte hierauf, daß er sich in dieser Beziehung mit dem Vorredner in Widerstreit befinde. Selbst in moralischer Beziehung vermöge er den Standpunct, den die Zeitung i. Z. in der Angelegenheit des Fürsten Alexander von Bulgarien eingenommen, nicht zu theilen.

Der Referent trat für die Freiheit der Bewegung ein, welche die Redaction eines Tageblattes benöthigt und beantragte erneut Bewilligung der Vorlage.

Minister v. Nostitz-Wallwitz führte an, daß er seiner bereits in jenseitiger Kammer gethaner Aussprache über dieses Capitel eigentlich nichts hinzuzufügen habe. Dem Vorredner Oberbürgermeister Dr. Georgi gegenüber wolle er aber bemerken, daß der Leipziger Zeitung das Recht gewahrt bleiben müsse, ihre Meinung officiösen Blättern gegenüber aufrecht zu erhalten, selbst für den Fall, daß dieselbe sich in Widerspruch zu deren Aeußerungen befinde.

Capitel 7 fand hierauf Genehmigung. Ueber Tagesordnungspunct II., die Capitel 71, 71a und 72 des Staatshaushalts-Etats 1888/89 berichtete Herr Peltz. Er beantragte Genehmigung des Capitel 71 (Statistisches Bureau), ebenso Capitel 71a (Dresdner Journal) beantragte jedoch:

„Den Antrag der Zweiten Kammer, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, im nächsten Staatshaushalts-Etat die Aufstellungen zu Titel 21, die Kosten der Landtagsbeilagen betreffend, auf die Leipziger Zeitung und das Dresdner Journal angemessen zu vertheilen, abzulehnen".

Zunächst brachte hier Freiherr v. Fink den Antrag ein:

„Die königliche Staatsregierung wolle die Abminderung des Bezugspreises des Dresdner Journals in Erwägung ziehen."

Der Antrag fand Unterstützung und wurde vom Antragsteller mit Hinweis auf die Kosten anderer Blätter motivirt.

Graf Rex trat für den Antrag Fink ein und glaubte, daß die Minderung des Bezugspreises dem Journal nur ausgleichend sein könne, übrigens werde man wohl an den Abendtelegrammen sparen können.

Geh. Rath Häpe bemerkte, daß man der Telegramme, um anderer Blätter willen, nicht wohl entrathen könne. Hinsichtlich der Preisermäßigung komme Redner dem Wunsche der Verwaltung entgegen, doch habe man, da ohnehin Zuschuß erforderlich sei, hierauf nicht zukommen wollen.

Der Antrag v. Fink wurde gegen 3 Stimmen zum Beschluß erhoben. Ebenso fanden Capitel 71, 71a und 72 hierauf nach den Vorschlägen der Deputation Genehmigung.

Sitzungsschluß nach 2 Uhr Nachmittags.

Zweite Kammer.

† Dresden, 27. Januar. Die heutige Sitzung nahm Vormittags 10 Uhr ihren Anfang.

Am Regierungstische waren anwesend die Herren Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz, Geh. Räthe v. Charpentier und Edelmann, sowie Geh. Regierungsrath Berndt.

Die Kammer erledigte in Schlußberathung den Bericht der Rechenschaftsdeputation über den Rechenschaftsbericht der Brandversicherungskammer über die Verwaltung der Landes-Immobiliar-Brandversicherungsanstalt in den Jahren 1885/86 betr. (Berichterstatter: Abg. Matthes.)

Die Deputation beantragte:

„Die Kammer wolle sich durch den ihr mittelst königlichen Decrets vom 9. November 1887 unter Nr. 12 vorgelegten Rechenschaftsbericht der Brandversicherungskammer über die Verwaltung der Landes-Immobiliar-Brandversicherungsanstalt in den Jahren 1885 und 1886 befriedigt erklären."

Abg. Drechsel befürwortete, die Regierung möge Mittel und Wege finden, daß die Anlage von Blitzableitern im Lande eine allgemeinere werde. Es sei im Uebrigen nothwendig, die polizeilichen Vorschriften betreffs des unvorsichtigen Gebahrens mit Streichhölzern einzuschärfen.

Abg. Bartholomäus erging sich in theoretischen Betrachtungen über Blitzableitungen.

Abg. Uhlmann-Stollberg hielt eine schärfere Controle über die Leistungsfähigkeit der Blitzableiter für angezeigt.

Abg. Opitz zog es in Zweifel, daß die Blitzableiter unbedingten Schutz gegen Blitzgefahr gewähren. Die hierüber vorliegende Statistik sei nicht als zuverlässig anzuerkennen. Bei dem jetzigen mißlichen Stande der freiwilligen Versicherungs-Abtheilung sei es zweckmäßig, mehr, als bisher geschehen, für die freiwillige Versicherung zu werben.

Abg. Wehlich war der Meinung, daß die Frage des Nutzens der Blitzableiter überhaupt eine Frage nicht mehr sei. Man solle für diejenigen Häuser, welche mit Blitzableitern versehen sind, geringere Beiträge zur Landesbrandcasse festlegen, oder aber auf die zwangsweise Einführung von Blitzableitern zukommen.

Abg. Preibisch verwendete sich für Erhöhung der Spritzenprämie.

Abg. Berger wünschte, daß für die Herstellung von Brandmauern mehr als bisher Unterstützungen gewährt würden.

Abg. Seithold wies darauf hin, daß bei Bränden in altenburgischen Grenzorten Prämien für sächsische Spritzen nicht gewährt werden, wenn sie zuerst auf dem Brandplatze erschienen. Die königliche Staatsregierung möge sich dafür verwenden, daß hier Wandel eintrete.

Geh. Rath Edelmann erklärte auf die neuerdings mehrfach aufgeworfene Frage, ob es füglich sei, einen Zwang hinsichtlich der Anlegung von Blitzableitungen auszuüben, daß die Regierung dies nicht für angezeigt erachte. Auf eine Ermäßigung der Brandcassenbeiträge für Häuser mit guten Blitzableitern zuzukommen, sei nicht angänglich, eher empfehle sich eine Erhöhung der Beiträge für Häuser ohne Blitzableiter. Für die freiwillige Versicherung habe man neuerdings neue Bestimmungen eingeführt, deren Einwirkung auf die Entwickelung dieser Abtheilung abgewartet werden müßte. Er bitte, ein Urtheil über die freiwillige Abtheilung der Landesbrandversicherung zur Zeit auf sich beruhen zu lassen.

Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz bemerkte, daß die polizeilichen Vorschriften wegen des Gebahrens mit Streichhölzern unentwegt scharf gehandhabt würden. Unterstützungen für die Ausführung massiver Bauten könnten nur dann gewährt werden, wenn anzunehmen sei, daß der Brandcasse durch die massive Bauweise ein Nutzen erwüchse. Die Bedürftigkeit des Bauenden könne niemals als Veranlassung für die Bewilligung von Unterstützungen gelten. Die Nichtgewährung von Spritzenprämien im Herzogthum Altenburg sei zwar zu beklagen, doch ließe sich eine Aenderung dieses Zustandes auf diplomatischem Wege nicht herbeiführen. Da man bei Bränden in sächsischen Grenzorten das schnelle Erscheinen Altenburgischer Spritzen auf dem Brandplatze nur wünschen könne, so werde man doch lieber Prämien bezahlen, als auf die Altenburgische Hilfe verzichten. Den sächsischen Spritzenverbänden werde das Nichtgewähren von Spritzenprämien im Altenburgischen keine Veranlassung sein, ihre Mithilfe bei Bränden in altenburgischen Grenzorten zu versagen.

Die Kammer beschloß hierauf einstimmig wie von der Deputation beantragt.

Die königliche Staatsregierung verzichtete auf namentliche Abstimmung.

Die nächste Sitzung wurde auf Montag den 30. Januar Mittags 12 Uhr anberaumt.

Vermischtes.

— Berlin, 26. Januar. Zu Ehren des Lord Churchill fand gestern in der britischen Botschaft ein Diner statt, dem u. A. auch Staatssecretair Graf Bismarck beiwohnte.

— Paris, 26. Januar. Der Cassationshof löste gestern eine alte Streitfrage des französischen Rechts, indem er Ehen ehemaliger katholischer Priester für gültig erklärte. — Die Theilnahme Carnot's an dem gestrigen Diner beim österreichischen Botschafter wird in Kreisen, für welche Etikettenfragen Bedeutung haben, als Ereigniß angesehen. Grevy hatte nie eine Einladung eines Botschafters angenommen.

— Petersburg, 24. Januar. Der 900jährige Gedenktag der Taufe des russischen Volkes wird neuen Bestimmungen zufolge nicht allein in Kijew, sondern auch in Cherson, in dem alten Korssun, wo der heilige Wladimir die Taufe empfing, festlich begangen werden. Auf den Trümmern eines alten griechischen Tempels erhebt sich dort gegenwärtig eine Kathedrale, welche dem heiligen Wladimir geweiht ist. Die Trümmer der alten Griechenstadt haben der Eremitage in Petersburg unschätzbare Kunstschätze geliefert. Die Ausgrabungen in den unversehrt gebliebenen alten Straßen dieses Pompejis am Schwarzen Meere dauern noch fort.

— Philadelphia, 24. Januar. Gestern Abend brach hierselbst in der Nachbarschaft der Achten und der Archstraße ein Feuer aus, welches Eigenthum im Werthe von 1,500,000 Dollars zerstörte. Die meisten der von dem Unglück Betroffenen sind kleine Ladenbesitzer. Das Gebäude, in welchem die Feuersbrunst ausbrach, umfaßt die bedeutendsten Confectionsgeschäfte des Districts. Sechs Magazine wurden zerstört und fünfzehn andere erheblich beschädigt. Die größten Verluste erleiden Marks Brothers (375,000 Dollars), Adolph Heller & Co. (150,000 Dollars) und Stoneman Brothers (100,000 Dollars).

— Die Blumenzucht und Kunstgärtnerei, welche in Leipzig einen namhaften Erwerbszweig bildet und sich in den dahin bezüglichen Leistungen mit jeder andern Stadt messen kann, hatte diesen Ruf schon im Anfange des vorigen Jahrhunderts. Hierzu trugen namentlich auch die von reichen Kaufleuten geschaffenen großen Ziergärten bei, zu deren Anlegung und Pflege vorzugsweise holländische Gärtner herangezogen wurden. Gelang es einem solchen Gärtner, ein rechtes Schaustück in seinen Treibhäusern oder Blumenpflanzen-Anlagen zu erzielen, dann richtete sich auch die allgemeine Aufmerksamkeit und Bewunderung darauf. So blühten im Juni des Jahres 1715 im Küstner'schen Garten vor dem Grimmaischen Thore auf einem Stengel 121 Lilien, während andere Stengel von 30 bis 50 Lilien trugen. Die Leipziger wallfahrteten, um dieses Wunder zu sehen, in Schaaren dahin. Eine Aloe im Bose'schen Garten am Roßplatz, die 1689 als mittelmäßiges Gewächs aus Amerika hierher gekommen war, hatte der Fleiß des Gärtners Elias Peine dahin gebracht, daß sie im August des Jahres 1700, bei einer Höhe von zwölf Ellen, an 36 Aesten 5000 Blüthenknöpfe trug. Im Jahre 1711 war diese Aloe 14 Ellen hoch und lieferte im August an 28 Aesten 6486 Blumen. Sie wurde nebst einem Blüthenstengel, der 125 Blumen zählte, durch einen Kupferstich verewigt.

Berichtigungen.

In dem gestrigen Artikel

„Die totale Mondfinsterniß"

muß es heißen:

. . . an der vom Monde durchschnittenen Stelle 1238,6 (d. i. 1238⁶/₁₀) Meilen — nicht 12,386 Meilen.

In der gestrigen Schauspielkritik über die „Z'widerwurzen" lies statt: „Ein Genrebild von magischer Färbung" von energischer Färbung.

† Dresden, 27. Januar. Se. Majestät der König hat dem Rath bei dem Landgericht Leipzig Dr. Johannes Albert Alexander von Tischendorf aus Anlaß seiner Ernennung zum Kaiserlichen Regierungsrath und ständigen Hilfsarbeiter im Reichs-Justizamt die Entlassung aus seinem zeitherigen Dienstverhältniß und aus dem Königlich Sächsischen Staatsdienste Allergnädigst zu bewilligen geruht.

Telegraphische Depeschen.

§§ Berlin, 27. Januar. (Privattelegramm.) Im Reichstage ist heute der bereits mitgetheilte und in allen seinen Einzelheiten bekannte Nachtragsetat (6,380,900 ℳ) eingegangen.

* Potsdam, 27. Januar. Se. königl. Hoheit Prinz Wilhelm ist aus Anlaß seines heutigen Geburtstages zum Generalmajor und Commandeur der zweiten Garde-Infanterie-Brigade ernannt worden. Der Oberst und Flügeladjutant v. Plessen ist zum Commandeur des 1. Garde-Regiments zu Fuß, Major v. Lippe von demselben Regiment zum Flügeladjutanten, Major v. Brun zum Commandeur des 2. Bataillons ernannt worden.

* Straßburg i. E., 27. Januar. Der gestern vom Landesausschusse gefaßte Beschluß, an Se. Majestät den Kaiser ein Telegramm mit dem Ausdrucke der Theilnahme an der Krankheit Sr. kaiserl. und königl. Hoheit des Kronprinzen zu richten, erfolgte einstimmig.

* Paris, 26. Januar. Deputirtenkammer. Mehrere Mitglieder stellen den Antrag, nur einige Zwölftel von dem Budget provisorisch zu bewilligen, damit die Kammer in den Stand gesetzt würde, fiskalische Reformen in Erwägung zu ziehen. Der Ministerpräsident Tirard weist diesen Antrag zurück und verlangt, daß die Kammer unverzüglich in die Berathung des Budgets eintrete. Der Antrag wurde darauf zurückgezogen und die Kammer beginnt die Berathung des Budgets.

* Paris, 26. Januar. Der Chef-Redacteur des „Gaulois", Herr de Pène, ist gestorben.

* Rom, 26. Januar. Aus Massauah wird gemeldet: Heute früh traf der commandirende General San Marzano mit seinem ganzen Generalstabe auf dem Hügel von Dogali ein, woselbst eine Trauerfeier für die im vergangenen Jahre daselbst gefallenen Italiener stattfand. Derselben wohnten auch sämmtliche Militair- und Civilbehörden, die Notabeln der europäischen Colonie, sowie eine Menge Eingeborener bei, darunter auch Debeb.

* Rom, 27. Januar. Nach Meldungen aus Massauah wird über die gestern auf dem Hügel von Dogali stattgefundene Trauerfeier noch berichtet: Nach der Trauerceremonie und einer Ansprache des Commandanten des Kreuzers „Bausan" verfügte sich der commandirende General San Marzano in die Mitte der um das Kreuz von Dogali aufgestellten Truppen und sagte: was er zu sprechen habe, fasse sich in die zwei Sätze zusammen: „Ehren wir den Muth der unglücklichen Todten und seien wir bereit, bei der ersten günstigen Gelegenheit unsere Pflicht zu thun."

* Petersburg, 27. Januar. Dem „Russischen Invaliden" zufolge hat der Kriegsminister anläßlich der alljährlichen Hierherkunft der Generalgouverneure resp. der Militairbezirks-Commandeure zu Conferenzen die Bildung einer besonderen Commission beantragt, welche aus diesen und anderen hohen Militairs unter dem Vorsitze des Großfürsten Nikolaus dem Aelteren gebildet werden und die eine Durchsicht des jüngst revidirten Reglements für die Truppen-Verwaltungen im Felde, sowie der bestehenden Disciplinar-Ordnung vornehmen soll. — Von den Generalgouverneuren respective Militairbezirks-Commandeuren sind bisher in Petersburg eingetroffen: Ganetzky (Wilna), Gurko (Warschau), Drenteln (Kiew), Roop (Odessa), Swiatopolk Mirsky (Nowotscherkask) und Dondukow Korsakow (Tiflis). — Gestern fand im Winterpalais ein Hofball statt. Der Kaiser, welcher an dem Souper nicht theilnahm, machte einen Rundgang durch die Ballsäle und unterhielt sich lebhaft mit zahlreichen Gästen. Während des Soupers saß die Kaiserin zwischen dem deutschen Botschafter General v. Schweinitz und dem türkischen Botschafter Schakir Pascha. — Der frühere italienische Botschafter, Graf Greppi, ist gestern abgereist. Der englische Botschafter, sowie andere Vertreter des Auslandes, gaben demselben das Geleit zum Bahnhofe. Graf Greppi begiebt sich über Berlin und Paris in die Heimath zurück. — Der neu ernannte italienische Botschafter Marochetti trifft morgen hier ein.

Nach Schluß der Redaction eingegangen.

* Wien, 27. Januar. Die Wiener „Abendpost" veröffentlicht den Ausweis der directen und indirecten Steuern in 1887. Die directen Steuern ergaben einen Reinertrag von 104,966,767 fl., gegen 1886 mehr 3,500,000 fl. Die indirecten Steuern ergaben 184,082,229 fl., gegen 1886 mehr 5,912,681 fl.

* Pest, 27. Januar. Im Oberhause wurde ein Rescript verlesen, welches den Baron Vay zum Präsidenten ernennt.

* Pest, 27. Januar. (Unterhaus.) Tisza theilte mit, er werde morgen am Sitzungsschlusse die Interpellationen betreffs der auswärtigen Politik beantworten.

* Paris, 27. Januar. Die „Agence Havas" meldet: Menabrea theilte Flourens mit, daß die italienische Regierung auf weitere Handelsvertragsverhandlungen verzichte. — Die französische und englische Regierung unterzeichnete die Vollmachten für die gemischte Schifffahrts-Commission für die Neuen Hebriden.

* London, 27. Januar. O'Brien ist wegen aufrührerischer Reden zu viermonatigem Gefängniß verurtheilt worden.

* Lissabon, 27. Januar. Gestern fand auf See ein Zusammenstoß zwischen dem Dampfer „Suez" und dem deutschen Dampfer „Dithmarschen" statt. „Suez" fuhr Morgens 5 Uhr mit brennenden Lichtern, als er von „Dithmarschen", welcher von Messina kam, einen so heftigen Stoß erhielt, daß er fast sofort unterging. „Dithmarschen" blieb noch einige Zeit nach dem Zusammenstoß an der Stelle. Die vom „Suez" Geretteten wurden von der portugiesischen Brigg „Adelaina" aufgenommen. „Dithmarschen" ist mit Havarie am Vordertheil in den hiesigen Hafen eingelaufen.

* Petersburg, 26. Januar. (Privat-Telegramm.) Der „Graschdanin" erfährt, daß der General Graf Tolstoi das Amt als Oberpolizeimeister in Warschau verläßt, der Reserve zugetheilt und in das Ministerium des Innern abcommandirt wird. Als sein Nachfolger wird Oberst Kleigels genannt.

* Warschau, 27. Januar. (Privat-Telegramm.) Die größtentheils von Juden bewohnte Stadt Lokow im Gouvernement Minsk ist von einer Feuersbrunst heimgesucht worden, welche gegen 100 Häuser zerstört hat. Leider sind auch mehrere Menschenleben zu beklagen. Da beinahe Nichts versichert war, sind die Verluste sehr groß.

Verantwortlicher Redacteur [illegible] in Leipzig.
[illegible]

SLUB
Wir führen Wissen.